

StuPa aktuell

Aus der Arbeit des Studierendenparlamentes der Universität Bielefeld

32. Jahrgang - 6. Sitzung - 12. Januar 2006

Viertes Autonomes Referat kommt

StuPa schreibt Vertretung der Studierenden mit Behinderung in der Satzung fest

Das 32. Studierendenparlament (StuPa) der Universität Bielefeld hat die Satzung der Studierendenschaft um ein neues Autonomes Referat der Studierenden mit Behinderung ergänzt.

Dies hatte bereits die Vollversammlung am 26. November 2005 empfohlen und das StuPa hat auch im Haushalt 2006 bereits entsprechende Finanzmittel bereitgestellt: Ebenso wie den anderen drei Autonomen Referaten (Schwulenreferat, Frauen-/Lesben-/TransGender-Referat und Internationaler Studierendenrat) stehen ihm 71 Ct des Semesterbeitrages zur Verfügung.

Autonome Referate

Die Institution der Autonomen Referate gibt es in vielen Studierendenschaften. Der Gedanke dahinter ist, dass gesellschaftlich

benachteiligte Gruppen ihre Interessen unabhängig von Mehrheitsverhältnissen in StuPa und AStA vertreten können sollen. An der Uni Bielefeld steht ihnen dazu ein festgeschriebener Anteil des Sozialbeitrags zur Verfügung.

Satzung

Die Satzung ist quasi die Verfassung der Studierendenschaft. In ihr wird das Zusammenspiel der Gremien (StuPa, AStA, ...) geregelt. Zur Verabschiedung und Änderung der Satzung ist eine Zweidrittelmehrheit im StuPa erforderlich, das entspricht 20 Stimmen. Für die in dieser Sitzung zur Abstimmung gestellte Satzung sprachen sich 22 StuPa-Mitglieder aus, eine Person enthielt sich. Gegenstimmen gab es keine.

Offiziell in Kraft tritt die Satzung, sobald das Rektorat zugestimmt hat und die Satzung im

Verkündigungsblatt der Uni veröffentlicht wurde.

Die verabschiedete neue Satzung ist in Kürze unter www.stupa.de abrufbar.

... und sonst

Die 6. Sitzung des 32. StuPa dauerte lediglich 1:45 Stunden, obwohl sogar noch drei vertagte Anträge aus der 5. Sitzung debattiert wurden. Angesichts der sonst üblichen Länge von StuPa-Sitzungen (4-6 Stunden) ein historischer Moment!

Neben den üblichen Formalia und den in eigenen Texten dargestellten Themen wurde mit Nicole Milbrett (M.A. HPSS) noch eine Vertreterin für die Stipendienvergabe-kommission nominiert.

Die nächste Sitzung des Studierendenparlamentes findet am 9. Februar 2006 statt.

ekvv/Raumvergabe

Zum wiederholten Male musste die Debatte um die in das ekvv implementierte Raumvergabe vertagt werden.

Die Vergabe der zentralverwalteten Seminarräume wird bereits seit Jahren kritisiert: Während bis zum Sommersemester ein vorsintflutiges Karteikartenverfahren erhalten musste, ist die Vergabe seit diesem Semester ins ekvv implementiert

worden. Frei nach dem Motto "Computer helfen uns Probleme zu lösen, die wir vorher nicht hatten", funktioniert dies allerdings auch mehr schlecht als recht. Da die Verwaltung aber noch nicht einmal die VertreterInnen in der Lehrkommission angemessen informiert hat, musste die Debatte mangels Informationen erneut vertagt werden.

Impressum

Herausgeber: Der Vorsitz des 32. Studierendenparlamentes der Universität Bielefeld (Martin Isbruch, Wiebke Esdar, Christian Osinga)

V.i.S.d.P.: Martin Isbruch

Kontakt: Büro C1-162, Tel. 0521/106-3425, mail: stupa@uni-bielefeld.de

Erscheinungsweise: Nach den Sitzungen.

Infos und Protokolle im Netz:
www.stupa.de

StuPa kritisiert Rektor

Erinnerung an Senatsbeschluss

Das StuPa hat das Rektorat um Rektor Dieter Timmermann zum wiederholten Male (vgl. StuPa-aktuell 32/03) aufgefordert, sich am Senatsbeschluss gegen Studiengebühren zu orientieren. Der genaue Wortlaut der Resolution (18j/0n/2e):

"Das Studierendenparlament der Universität Bielefeld fordert das Rektorat der Universität auf, sich dem Votum und der Argumentation des Senates der Universität anzuschließen und sich nicht weiter für die Einführung von allgemeinen Studiengebühren einzusetzen.

Obwohl der Senat abermals einmütig seine Ablehnung der Einführung allgemeiner Studiengebühren zum derzeitigen Zeitpunkt unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hat, deutet das Rektorat dies weiterhin als 'bedingtes Ja' um.

Dies ist anhand zahlreicher Pressemitteilungen und Äußerungen belegbar. Wir fordern das Rektorat auf, diese Position in der Öffentlichkeit zu revidieren und dies auch dem Landesministerium klar zu machen."

Kürzungen der Landesmittel bei Kitas

Zur Kürzung der Zuschüsse für Kindertagesstätten nimmt das StuPa in folgender Resolution Stellung (22j/2n/2e):

"Die Landesregierung hat angekündigt, sich weiter aus der Finanzierung und finanziellen Unterstützung von Bildungseinrichtungen zurückzuziehen. Dabei nennt sie vor allem die desolante Haushaltslage des Landes.

Eine Kürzung der Mittel für die Kindergärten in der angekündigten Höhe wird dazu führen, dass entweder Einrichtungen ganz geschlossen werden oder die Beiträge der Eltern steigen werden. Dies ist aus Sicht des Studierendenparlaments eine fatale Entscheidung, da dies die Familien und Alleinerziehenden weiter finanziell belastet und zudem zu einer verstärkten sozialen Segregation aufgrund der finanziellen Situation der Eltern führen wird.

Wir fordern die Landesregierung auf, von diesen Plänen Abstand zu nehmen."

Neues Schulgesetz unsozial

Das StuPa hat einige Punkte des geplanten neuen Schulgesetzes debatiert und folgende Resolution gefasst (18j/5n/2e):

"Das Studierendenparlament der Universität Bielefeld wertet die Pläne der Landesregierung, das Schulgesetz zu ändern, als Verschärfung der sozialen Selektion und Segregation im Schul- und Bildungssystem, sowie als Versuch, unliebsame Kritik seitens der SchülerInnen zu ersticken.

Die Pläne sehen unter anderem vor, die Empfehlung der LehrerInnen bezüglich der Wahl der Sekundarschule aufgrund der Fähigkeiten der SchülerInnen der 4ten Klasse verbindlich zu machen und den Eltern lediglich eine Widerspruchsmöglichkeit einzuräumen, aufgrund derer das Schulamt dann einen 3tägigen Probeunterricht ansetzen kann, um zu entscheiden, an welche Sekundarschule die/der SchülerIn versetzt wird. Die Eltern verlieren somit die Entscheidungshoheit, aus

der Empfehlung wird eine Entscheidung. Dies ist ein weiterer bildungspolitischer Rückschritt, der die Selektivität im Bildungssystem weiter verschärft.

Auch soll die Drittelparität in der Schulkonferenz, die gerade erst 3 Monate existiert, wieder abgeschafft werden. Hier scheint die Mitbestimmung der SchülerInnen unerwünscht, vor allem wenn es um zukünftige Themen wie Sponsoring, selbstständige Schule, etc. geht. Wir unterstützen die SchülerInnen in ihrem Kampf zur Beibehaltung der Drittelparität!"

Weitere Informationen unter www.lsvnw.de

